

**Zeitschrift:** Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire =  
Rivista storica svizzera

**Band:** 48 (1998)

**Heft:** 3: Schweizerische Russlandmigration = Emigrations suisses en Russie

**Buchbesprechung:** No Intervention. Die Pax Britannica und Preussen 1865/66-1869/70.  
Eine Untersuchung zur englischen Weltpolitik im 19. Jahrhundert  
[Klaus Hildebrand]

**Autor:** Marx, Thomas Christoph

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 17.11.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

intentions et des usages fort variés: à la fin du 18<sup>e</sup> siècle, avec l'émergence de rubriques faisant une large part aux découvertes les plus récentes, l'almanach se transforme en outil de vulgarisation scientifique, fort éloigné des attentes d'une lecture paysanne ou plébéienne. Mêlant critique textuelle, histoire matérielle du livre et sociologie des usages de l'écrit, ce colloque contribue ainsi de manière salutaire à sortir la littérature populaire de certains stéréotypes dans lesquels elle a été souvent enfermée.

*François Vallotton, Berne*

Christiane von Hodenberger: **Aufstand der Weber. Die Revolte von 1844 und ihr Aufstieg zum Mythos.** Bonn, Dietz, 1997.

Die Autorin stellt erstmals den Aufstand der Weber in Schlesien dar, wie er sich nach Quellen und Akten präsentiert, die neuerdings in Merseburg zugänglich sind. Dabei erfährt man sofort und sehr deutlich, dass das bisherige Bild des Aufstandes nicht mit den Tatsachen übereinstimmt. Es stützte sich vorwiegend auf damalige Zeitungsberichte, die vielfach von Korrespondenten verfasst wurden, die gar keine Augenzeugen des Aufstandes waren. Infolge der Revolutionsangst der Monarchie blieben die Gerichtsakten der Forschung nicht zugänglich.

Der sich bildende Mythos teilte sich in zwei Ausprägungen, nämlich eine bürgerliche und eine sozialistische. Das kollektive Gedächtnis wurde durch Lyrik, Romane, Bilder und Dramen unterstützt und gefestigt und die Geschichtsschreibung trat nicht gegen dieses falsche Bild auf, sondern tradierte es ebenfalls, so dass es bis heute noch in Handbüchern existiert. Herausragende Wirkung erreichte dabei Gerhart Hauptmanns Drama «Die Weber» das, nicht zuletzt dank Verbot und Skandal, eine ungeahnte Breitenwirkung erzielt hatte. Nach der durch den Nationalsozialismus bedingten Zäsur erwachte das Thema zu erneutem Leben, und die bürgerliche und sozialistische Anschauung waren nun auch durch zwei Staaten vertreten. Dabei musste der Aufstand nach dem marxistischen Geschichtsbild gedeutet werden, obwohl die Akten, die im ehemaligen Ostdeutschland eigentlich verfügbar waren, ein anderes Bild zeigten. Im Westen dagegen wurde die Rebellion vorerst entpolitisiert und kam über die neuen Ergebnisse der Protestforschung zu einem neuen Mythos, dem des Maschinensturmes.

Schliesslich wird eine abschliessende Deutung vorgenommen, wie sie sich aufgrund der neu bearbeiteten Quellen, die in einem Anhang teilweise wiedergegeben werden, machen lässt.

Das Buch zeigt nicht nur, wie sich der Aufstand 1844 ereignete, sondern gibt auch einen genauen Bericht, wie es zur Mythenbildung kam und wie der Mythos von politischer Seite instrumentalisiert worden ist. Ein gut dokumentiertes und eindrückliches Beispiel, was Geschichtsschreibung vermag oder eben nicht vermag und wie Geschichte zu fast beliebigen Zwecken missbraucht werden kann.

*Walter Troxler, Courtaman*

Klaus Hildebrand: **No Intervention. Die Pax Britannica und Preußen 1865/66–1869/70. Eine Untersuchung zur englischen Weltpolitik im 19. Jahrhundert.** München, Oldenbourg Verlag, 1997, 459 Seiten.

Stets ist der britischen Deutschlandpolitik der Mitte des 19. Jahrhunderts der Vorwurf gemacht worden, in den Jahren vor der deutschen Reichsgründung nicht entschieden genug agiert und in die europäische Entwicklung auf dem Kontinent –

insbesondere im Hinblick auf die Veränderungen in Deutschland – nicht eingegriffen zu haben. Diese Sichtweise geht davon aus, dass die deutsche Reichsgründung den britischen Interessen zuwidergelaufen sei und deshalb hätte verhindert werden sollen. Klaus Hildebrand stellt diese Sichtweise grundsätzlich in Frage und macht sie zum Gegenstand einer umfassenden und kritischen Untersuchung. Vor allem drei Fragestellungen stehen für Hildebrand im Vordergrund: Welche Politik verfolgte Grossbritannien in bezug auf die Entwicklung in Deutschland? Welche Haltung lag dieser Politik zugrunde? Und schliesslich: War diese Politik der «non-intervention» Ausdruck der Schwäche oder vielmehr Ausdruck eines politischen Kalküls und somit einer konsequenten Interessenpolitik? Der Autor, der bereits etliche Untersuchungen zur Geschichte der internationalen Beziehungen im 19. Jahrhundert veröffentlicht hat (u.a. *Die britische Europapolitik zwischen imperialem Mandat und innerer Reform 1856–1876* [Opladen 1993] und als Herausgeber *Das Deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn 1871–1945* [München 1995]), stützt sich in der vorliegenden Monographie auch auf die Ergebnisse zahlreicher eigener Aufsätze zur britischen Aussenpolitik der Zeit. Die Quellengrundlage bilden die (zum Teil nicht veröffentlichten) Nachlässe der Hauptakteure auf britischer Seite, der Aussenminister Lord Stanley und Lord Clarendon, und erstreckt sich auf offizielles wie privat-offizielles Material und die Privatkorrespondenzen.

Die Einleitung gibt zunächst einen umfassenden Aufriss des Forschungsstandes und beschreibt prägnant den Ausgangspunkt der Untersuchung. Im ersten Kapitel charakterisiert Hildebrand äusserst pointiert die «Grundlagen und Grundprobleme britischer Außenpolitik im 19. Jahrhundert», die sich in der «Pax Britannica» manifestierten. Diese Grundkonstante vereinte in sich die ganze Ambivalenz britischer Aussenpolitik und ihrer mannigfachen Schattierungen zwischen Kontinuität und Modernität, interessengeleiteter Passivität und erzwungener Aktivität, überheblichem Diktat und rationaler Weitsichtigkeit. Das Ziel war stets der Erhalt des Empire und des Freihandels (S. 37) – eine der wichtigsten Säulen des «Handelsstaates England» (Ernst Schulin): «*Peace is the greatest of British interests*» (S. 47). Die «Pax Britannica», die als spezifische Staatsräson (S. 53) die innenwie die aussenpolitische Dimension umfasste, zugleich aber die Bereiche innerer Freiheit und äusserer Macht zu trennen suchte (S. 58, 60), sollte der Weg sein. Diese für die Zeit weitsichtige Politik, die für Grossbritannien von 1815 bis 1914 einen grossen Krieg vermied, setzte auf die Lösung von Konflikten mit den betroffenen Staaten. Den nationalen Bewegungen des Kontinents sollte im Sinne eines «peaceful change» begegnet werden (S. 50). Der Erhalt einer kontinentalen «balance of power» erforderte aber zuweilen die Teilhabe am europäischen Konzert. Die selbst auferlegte Zurückhaltung entsprang zum Teil einer durchaus erkannten militärischen Schwäche. Die verfolgte Politik der Nicht-Intervention (S. 46) behielt sich jedoch ein militärisches Eingreifen – sollten spezifische «British interests» berührt sein – jederzeit vor, auch wenn kriegerische Auseinandersetzungen lokalisiert bleiben sollten. Zugleich war man der Überzeugung, dass innerer Wandel eine äussere Zurückhaltung erforderte, um eine Bündelung der Kräfte zu ermöglichen (S. 63). Die Macht Grossbritanniens lag folglich in der *beständigen Möglichkeit* eines – auch militärischen – Eingreifens und in der Sicherung der freien Entscheidung im Einzelfall. Da die Entscheidung über Krieg und Frieden beim Parlament lag, vermied man Bündnisse: Im Krisenfall war die Reaktion des Parlaments auf die von der Regierung eingegangenen Verpflichtungen nicht ab-

sehbar (S. 71, 264). Und schliesslich konnten in Anbetracht der weltweiten Anforderungen die Belange des europäischen Kontinents durchaus in den Hintergrund treten. Ausgehend von den Determinanten der «Pax Britannica» untersucht der Autor in den folgenden Kapiteln die britische Aussenpolitik der Jahre 1865 bis 1870. Besondere Aufmerksamkeit widmet Hildebrand der Koexistenz der am Erhalt des *status quo* interessierten englischen Weltmacht und dem revisionistischen preussischen Kontinentalstaat. Dabei fördern die Untersuchungen des Autors Ergebnisse zutage, welche gewohnte historische Interpretationen revidieren.

In die Zeit vor dem «Deutschen Krieg» von 1866, die das zweite Kapitel behandelt, fällt das Ende der schon damals durch «meddle and muddle» gekennzeichneten Ära Palmerston. Das Ende des Krimkrieges, dessen Ergebnisse für die britische Aussenpolitik ein Moment des Scheiterns waren (S. 91), und die «Krimkriegskonstellation» (S. 86–88) brachen die Ordnung von 1815 auf und belasteten durch die Schwarzmeerklauseln (S. 103) das sich in den folgenden Jahren mit einer neuen Mitte (S. 111) einpendelnde Gleichgewicht der europäischen Staatenwelt. Die Schleswig-Holstein-Krise von 1864 sollte erneut zu einem britischen Fehlschlag führen: Aus dem Hilfsversprechen an Dänemark wurde britische Neutralität (S. 114). Auch im Vorfeld des Krieges von 1866 wahrte England Zurückhaltung, wie Hildebrand im dritten Kapitel quellennah und äusserst lebendig schildert. Grossbritannien strebte keine Schiedsrichterrolle an und bot seine Vermittlung nicht direkt an (S. 144). An Österreich und Preussen erteilte «Ratschläge» sollten den Konflikt begrenzen. Auch wenn Grossbritannien die österreichische Stärke überschätzte (S. 156) und nicht mit einem Sieg Preussens gerechnet hatte (S. 159), stärkten die Ergebnisse des Waffenganges die britische Position: Preussen hielt Frankreich im Westen und Österreich Russland im Südosten in Schach (S. 165f.): Die neue «bewegliche Mitte» für den Kontinent war gefunden (S. 170), so dass die Gefahr nunmehr allenfalls in einem labilen Frankreich oder einer Verschärfung des deutsch-französischen Gegensatzes lag (S. 182).

Bedauerlich ist allerdings, dass der innerdeutschen – und vor allem der verfassungsgeschichtlichen – Entwicklung nach dem «deutschen Duell» von 1866 nicht weiter Beachtung geschenkt wird: Der Autor weist wiederholt auf die Hoffnung Grossbritanniens hin, in Deutschland werde mit dem Prozess der nationalen Einigung eine Entwicklung zu einem liberal verfassten und dem Parlamentarismus verpflichteten Nationalstaat nach englischem Vorbild einhergehen, eine Hoffnung, die vor allem Queen Viktoria hegte (S. 145f.) und die sich in der britischen Fehleinschätzung von Bismarcks «Parlamentsplan» niederschlug (S. 138). Die Darstellung der britischen Reaktion auf den Norddeutschen Bund (erstmalig S. 317), der als «Preussen-Deutschland» in den Jahren 1867 bis 1870 durchaus einer der gewichtigen Akteure auf dem Festland war (nach Hildebrand das «unfertige Deutschland», S. 343), tritt dabei als konstitutive Etappe der Reichsgründung in den Hintergrund.

Das Verhalten Grossbritanniens in der Luxemburg-Krise von 1867, die Gegenstand des vierten Kapitels ist und die der Autor eigentlich als nachrangig einschätzt (S. 203, 205, 207), ihr jedoch ein sehr umfangreiches Kapitel widmet, erfolgte ganz im Sinne der «Pax Britannica»: Da die belgische Neutralität als britisches Interesse nicht unmittelbar in Gefahr war, wollte man lieber einen Krieg auf dem Kontinent hinnehmen, als sich selbst in die Auseinandersetzung verwickelt zu sehen (S. 219). Eindrucksvoll führt Hildebrand die Vielzahl der Konflikte vor Augen, durch die Grossbritannien als Weltmacht in allen Teilen seines Empire

tangiert war – zusätzlich zur Auseinandersetzung über die Wahlrechtsreform (S. 203ff.) im Inneren. Die von Preussen und Frankreich den Briten zugetragene Vermittlerrolle (S. 223) wurde nur widerwillig angenommen. Dennoch kann die einberufene Konferenz als Erfolg für Grossbritannien betrachtet werden: Aus britischer Sicht hatte man sich zwar zur Abgabe einer gemeinsamen Garantie für Luxemburg «hinreissen» lassen (die jedoch sogleich durch die «Derby-Doktrin» als folgenlos interpretiert wurde [S. 251]), doch der Ausflug in europäische Händel hatte mit geringen Mitteln britische Stärke demonstriert. Frankreichs Beunruhigung über die Entwicklung in Deutschland wollte Grossbritannien vor allem durch einen Zeitgewinn begegnen: Frankreich sollte sich an den neuen Nachbarn Preussen-Deutschland «gewöhnen» können (S. 260).

Die europäischen Beziehungen wurden 1869 durch den Konflikt um die belgischen Eisenbahnen belastet, der im fünften Kapitel abgehandelt wird. Frankreich, das noch immer eine Entschädigung für den Wandel in Deutschland nach 1866 forderte (S. 283), betrieb eine «janusköpfige» Politik (S. 281) und versuchte, Grossbritannien für sich zu gewinnen. Grossbritannien trat – im Gegensatz zu Preussen – für eine Trennung der Belgischen von der Deutschen Frage ein (S. 304f.). Durch französisches Beharren und französische Fehlwahrnehmung eines «Prussian plot» (S. 315f.) sah sich Grossbritannien dennoch zum Eingreifen genötigt, um eine Demütigung Belgiens zu vermeiden (S. 336): Als Grossbritannien mit der Option einer Militärallianz mit Preussen drohte, lenkte Frankreich ein (S. 336f.). Nach der Beilegung der Krise, die zweifelsohne ein britischer Erfolg war (S. 340), wurde zunehmend deutlich, dass die britische Wertschätzung für Bismarck folgerichtig war: Bismarck war für die englische Wahrnehmung der «große Mäßiger der kontinentalen Politik» und somit Garant für eine den «British interests» entsprechende Konstellation (S. 376). Dabei galt insbesondere nach 1871 die Sorge Grossbritanniens vornehmlich der Tatsache, dass Bismarck diese Position offenbar zunehmend allein gegen das preussische Militär, die Liberalen und die deutsche Einigungsbewegung zu verkörpern schien (S. 317, 398, 408). Bismarcks Politik der Mässigung korrespondierte mit der britischen Politik der Gewöhnung an Deutschland (S. 306). Die «Pax Britannica» wurde durch das «System Bismarck» unterstützt und setzte ihr zugleich den äusseren Rahmen (S. 36). Dass sich gleichwohl auf einem anderen Feld britische und preussische Vorstellung unterschieden, wird am Beispiel der Abrüstungsinitiative Lord Clarendons von 1870 im sechsten Kapitel deutlich: Sie lief ins Leere, da Grossbritannien die Friedfertigkeit Frankreichs falsch einschätzte (S. 372), die eigene Vorbildfunktion überschätzte (S. 373) und auf den entschiedenen Widerstand Bismarcks traf (S. 356f.).

Grossbritannien nahm – so können Hildebrands Ergebnisse zusammengefasst werden – eine positive Haltung zur deutschen Einigung ein (S. 383), da durch die preussische Politik und Kriegführung britische Interessen nicht massgeblich betroffen waren (S. 385). Im Inneren ermöglichte die Politik der Nichteinmischung einen Wandel (S. 386), und trotz zahlreicher Fehlschläge und zwei Regierungswechseln 1866 (S. 161) und 1868 (S. 274) wurde die Kontinuität einer Politik der Nichteinmischung und der Sicherung der «Pax Britannica» gewahrt.

Anzumerken bleibt, dass die gemeinhin als «Julikrise» (erstmalig S. 346) bezeichneten europäischen Verwicklungen um die spanische Thronkandidatur des Hohenzollern-Prinzen Leopold (erstmalig S. 353) leider nicht näher thematisiert werden: An Hand der Ausgleichsbemühungen nach dem Bekanntwerden der Thronkandidatur und nach dem Verzicht Leopolds hätte erneut die ambivalente briti-

sche Haltung an dieser den deutsch-französischen Waffengang auslösenden Krisensituation exemplifiziert werden können. Eine Vervollständigung des Personenregisters durch Lebensdaten, Funktionsbezeichnungen und die entsprechenden Amtszeiten – vor allem im Hinblick auf die zahlreichen beteiligten Politiker und Diplomaten der verschiedenen Mächte – wäre wünschenswert gewesen. Ebenso bedauerlich ist das Fehlen eines Sachregisters. Der Autor setzt in seiner Darstellung ein breites Vorwissen voraus, so dass sich die Untersuchung nicht nur auf Grund ihres Gegenstandes vornehmlich an fachlich Interessierte wendet. Das flüssig geschriebene, immer wieder zusammenfassende und deshalb gut zu lesende Buch wird für das Verständnis der englischen Weltpolitik, der Beziehungen Grossbritanniens zu Preussen und des Konzertes der europäischen Mächte im 19. Jahrhundert als Standardwerk einen festen Platz in der Fachliteratur einnehmen.

*Thomas Christoph Marx, Freiburg im Breisgau*

Jan Suter: **Prosperität und Krise in einer Kaffeerepublik: Modernisierung, sozialer Wandel und politischer Umbruch in El Salvador, 1910–1945.** Frankfurt am Main, 1996, Vervuert (Ediciones de Iberoamericana, Geschichte und Gesellschaft, Band 2). XXIII, 711 Seiten.

Mit dem Ende des Bürgerkriegs 1992, dem Friedensvertrag und den Präsidentschaftswahlen zwei Jahre später ging in El Salvador eine historische Phase zu Ende, die durch die gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen zu Beginn der 1930er Jahren ausgelöst worden war. Die Öffnung wichtiger Archive und das Ende des Kalten Kriegs liessen zusammen mit dem politischen Neubeginn eine kritische Forschungsdiskussion in El Salvador aufleben. In diesen Forschungszusammenhang reiht Suter seine Untersuchung ein als «Versuch einer Revision festgefahrener Vorstellungen zur salvadorianischen Vergangenheit» nach Ende des Bürgerkriegs (S. XX).

Die umfangreiche, stets interessante und stellenweise packende, niemals aber leichtverdauliche Dissertation untersucht die frühen Etappen und insbesondere die Krisen gesellschaftlich-politischer Identitätsfindung im Prozess des *nation-building*. Die ereignisgeschichtliche Darstellung nimmt passagenweise etwas grösseren Raum ein, damit die zahlreichen Unkorrektheiten bisheriger Darstellungen korrigiert, der Kenntnisstand ergänzt und erstmals durch systematische Quellenstudien vertieft werden kann. Demzufolge erhielten auch die wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Entwicklungen recht breiten Raum zugewiesen. Dabei stand die Identifizierung der Bestimmungsfaktoren, die für den wirtschaftlichen und staatlich-gesellschaftlichen Wandel El Salvadors verantwortlich zeichneten, im Vordergrund, sollten doch pauschalisierende Erklärungsversuche wie der in den bestehenden Werken zur Geschichte nicht nur El Salvadors, sondern praktisch ganz Zentralamerikas immer wieder präsentierte Kausalzusammenhang zwischen (Welt-)Wirtschaftskrise und Regimeverhärtung, der etwas plakativ mit dem Begriff *Depressionsdiktatur* überschrieben wurde, kritisch hinterfragt werden. Es galt also, die Auswirkungen der Modernisierung seit 1910 von jenen der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreissiger Jahre auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft sorgfältig auseinanderzuhalten, um – nach einem Jahrzehnt zaghafter politischer Liberalisierung in den 1920er Jahren – die tatsächlichen Ursachen der autoritären und schliesslich diktatorialen Herrschaft von General Maximiliano Hernández Martínez (1932–1944) festmachen zu können. Dabei standen Fragen nach der Art